



HESSEN



Bericht aus Brüssel

16/2020 vom 04.09.2020

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	4
Außen- und Verteidigungspolitik.....	7
Wirtschaft.....	8
Verkehr.....	11
Energie.....	12
Digital.....	13
Forschung.....	14
Finanzdienstleistungen.....	15
Finanzen.....	16
Soziales.....	17
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	19
Umwelt.....	19
Landwirtschaft.....	21
Justiz.....	22
Inneres.....	23
Bildung und Kultur.....	27
Information, Kommunikation und Medien.....	27
EU-Förderprogramme.....	28
Vorschau.....	29

Europäischer Rat; Ergebnisse der Videokonferenz am 19.08.2020

Der Europäische Rat (ER) hat sich am 19.08.2020 in einer Sondersitzung per Videokonferenz mit der Situation in Belarus befasst. Nachdem die EU-Außenministerinnen und -minister auf einer Sondersitzung am 14.08.2020 bereits über das Ergebnis der Wahlen am 09.08.2020 in dem Land diskutiert und Sanktionen ins Auge gefasst hatten, bekräftigten die ER-Mitglieder nach gut zweistündiger Sitzung die Beschlüsse der Außenminister. Sie verurteilten die Gewalt und die Inhaftierung der Protestierenden und verlangten die Achtung der Grundrechte. Es müsse ein inklusiver nationaler Dialog über die Zukunft des Landes geführt werden. Die EU will außerdem in Kürze Sanktionen gegen diejenigen verhängen, die für Gewalt, Unterdrückung und die Fälschung der Wahlergebnisse verantwortlich sind. Eine Vermittlerrolle der EU oder eines Mitgliedstaates wurde nicht vereinbart; es wurde vielmehr betont, das Land müsse selbst über seine Zukunft entscheiden, ohne Einmischung von außen. Der ER hat sich außerdem kurz mit dem Putsch in Mali befasst. Er verlangt eine Freilassung der Inhaftierten und die Rückkehr zu Rechtsstaatlichkeit. Die EU werde die Bemühungen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) um eine Lösung unterstützen. Die sich derzeit zuspitzende Lage im östlichen Mittelmeer ist ebenfalls thematisiert worden, wird aber ausführlich auf einem weiteren Sonder-ER am 24./25.09.2020 behandelt werden. CYP und GRI hatten eine Befassung des ER mit dem Konflikt über die Bohrungen der Türkei im östlichen Mittelmeer gefordert; ER-Präsident Michel will dieses Thema im September behandeln, um mehr Zeit für die Vorbereitung zu haben. Die Schlussfolgerungen von ER-Präsident Michel nach der Videokonferenz – förmliche Schlussfolgerungen hat der ER nicht gefasst – betonen, auf dem Sonder-ER zum Konflikt mit der Türkei werden „alle Optionen auf dem Tisch liegen“.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2020/08/19/>

Kommission; Brexit; 6. Verhandlungsrunde künftige Partnerschaft EU-GBR

Vom 17.08.-21.08.2020 hat die 7. Verhandlungsrunde über eine künftige Partnerschaft zwischen der EU und GBR stattgefunden. Der Chefverhandler der EU, Michel Barnier, äußerte sich über die Verhandlungsrunde enttäuscht und besorgt. Auch in dieser Woche hätten die britischen Unterhändler wieder einmal keine Bereitschaft gezeigt, in Fragen von grundlegender Bedeutung für die EU Fortschritte zu erzielen. Barnier hob erneut die Weigerung von GBR hervor, sich zu Bedingungen eines offenen und fairen Wettbewerbs und zu einem ausgewogenen Fischereiabkommen zu verpflichten. Weiterhin betonte er, die Punkte würden in der politischen Erklärung, einem sehr präzisen Text, ausdrücklich erwähnt. Sie seien Teil des politischen Engagements mit Premierminister Boris Johnson, welches mit der EU eingegangen wurde. Barnier erläuterte, man habe nur noch sehr wenig Zeit, um die Verhandlungen abzuschließen. Damit ein Abkommen tatsächlich am 01.01.2021 in Kraft treten könne, müsse bis spätestens Ende Oktober 2020 ein vollständiger Rechtstext vorliegen, um sowohl dem Rat als auch dem EP die nötige Zeit zur Stellungnahme zu geben. Jede weitere Verzögerung über Ende Oktober hinaus würde den erfolgreichen Abschluss dieses Prozesses gefährden. Barnier sagte, die EU habe in den letzten Monaten Flexibilität gezeigt, um die drei von Premierminister Johnson zum Ausdruck gebrachten britischen roten Linien zu berücksichtigen und an ihnen zu arbeiten: Rolle des EuGH, legislative Autonomie von GBR und Fischerei. Auf britischer Seite gebe es aber noch immer kein Bemühen, die europäischen Prioritäten zu verstehen. GBR wolle sich bei gleichzeitiger Forderung nach einem Zugangsniveau zum Binnenmarkt, das mit dem der Mitgliedstaaten vergleichbar ist - die selbst diese Zwänge akzeptieren - , nicht auf Standards verpflichten. Barnier betonte, die Notwendigkeit gleicher

Wettbewerbsbedingungen würde nicht verschwinden. In technischen Fragen konnten laut Barnier wenigstens Fortschritte erzielt werden, z.B. bei der Zusammenarbeit im Energiebereich, der Teilnahme an Programmen der EU und der Bekämpfung der Geldwäsche. Die nächste Verhandlungsrunde soll vom 07.- 11.09.2020 in London stattfinden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_20_1511

C o r o n a

Kommission; Erster Impfstoff-Vertrag mit AstraZeneca unterzeichnet

Am 27.08.2020 hat die Kommission den ersten Vertrag mit dem Hersteller eines potentiellen Impfstoffes gegen COVID-19 unterzeichnet. Damit sichert die EU im Namen ihrer Mitgliedstaaten den Zugang zu 300 Mio. Impfdosen zuzüglich einer Option auf weitere 100 Mio. Einheiten. Der Impfstoffkandidat wird von dem Hersteller AstraZeneca in Zusammenarbeit mit der Universität Oxford derzeit entwickelt und befindet sich aktuell in den Phasen II /III der klinischen Entwicklung. Das heißt, dass die Verträglichkeit des Impfstoffes bereits an Probanden erprobt wurde (Phase I), und nun die Dosierungshöhe (Phase II) und Wirksamkeit (Phase III) einer klinischen Prüfung unterzogen werden. Zur Beschleunigung des Prüfungsverfahrens bei angestrebter gleichbleibender Qualitätssicherung werden diese Phasen derzeit parallel, bzw. in überlappenden Zeiträumen durchgeführt. Mit der Vertragsunterzeichnung setzt die Kommission einen Bestandteil der Europäischen Impfstrategie um. Mit ihr soll allen EU-Bürgern der Zugang zu hochwertigen, sicheren, wirksamen und erschwinglichen Impfstoffen innerhalb von 12-18 Monaten gesichert werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_1524

Kommission; Beitritt zur COVAX-Impfstoffallianz bestätigt

Die Kommission hat am 31.08. 2020 ihren Beitritt zur COVAX-Fazilität bestätigt. Die Impfstoffallianz soll den globalen Zugang zu einem möglichen COVID-19 Impfstoff sicherstellen. COVAX strebt an, unter Federführung der Impfstoff-Allianz Gavi, der Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI) und der WHO die Entwicklung und Herstellung von COVID-19-Impfstoffen zu beschleunigen und für einen weltweit fairen Zugang zu sorgen. Die Kommission übernimmt zur Unterstützung dieser Zielsetzung eine Haftung über 400 Mio. EUR.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_1540

Kommission; Hilfe für Venezuela durch humanitäre Luftbrücke

Die Kommission gab am 22.08.2020 den Abschluss der humanitären Luftbrücke der EU nach Venezuela bekannt. Mit zwei Flügen seien insgesamt 82,5 Tonnen humanitärer und medizinischer Hilfsgüter zur Unterstützung humanitärer Partner vor Ort geliefert worden. Die Flüge seien von der EU, ESP und PTL gemeinsam durchgeführt und von venezolanischen Behörden koordiniert worden. Während die EU die Flüge vollständig finanziert habe, seien die Hilfsgüter von Organisationen bereitgestellt worden, koordiniert durch das Réseau Logistique Humanitaire, ein Netzwerk europäischer Hilfsorganisationen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1509

Kommission; Hilfsgüter mit humanitärer Luftbrücke nach Côte d'Ivoire geliefert

Am 28.08.2020 gab die Kommission die Landung eines Fluges der humanitären Luftbrücke der EU in Abidjan bekannt, der 7,5 Tonnen wesentlicher Ausrüstung, u.a.

medizinischer Schutzkleidung, Masken und Kühlschränken, in die Region gebracht habe. Ziel der Lieferung seien der Schutz der ivoirischen Bevölkerung und die Gewährleistung des Zugangs zu medizinischer Versorgung. Wie auch die übrigen Flüge der humanitären Luftbrücke der EU sei der Flug vollständig von der EU finanziert, die Hilfsgüter seien von humanitären Organisationen bereitgestellt worden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1532

Kommission; einheitliches Vorgehen bei Reisebeschränkungen angekündigt

Am 01.09.2020 kündigte die Kommission an, sich um eine Koordinierung der infolge der Verschärfung der COVID-19 Pandemie in einigen Mitgliedstaaten zunehmenden Reisebeschränkungen zu bemühen. Ziel sei eine bessere Abstimmung bei der Einstufung von Risikogebieten. Die Koordinierung könne insbesondere gemeinsame Kriterien zur Bestimmung der epidemiologischen Risiken, ein gemeinsames Farbensystem zur Einstufung als Risikogebiete und einen gemeinsamen Ansatz bei Maßnahmen für Reiserückkehrer aus Risikogebieten umfassen, wie z.B. Tests und Quarantänemaßnahmen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200901-corona-reisebeschraenkungen_de

Kommission; Genehmigung von Beihilfen zur Entschädigung öffentlicher Verkehrsunternehmen in Höhe von 6 Mrd. EUR

Am 07.08.2020 hat die Kommission eine von DEU angemeldete Regelung für Beihilfen zur Entschädigung öffentlicher Verkehrsunternehmen, die durch die COVID-19-Pandemie geschädigt wurden, in Höhe von 6 Mrd. EUR genehmigt. Die Genehmigung erfolgte auf der Grundlage des am 19.03.2020 verabschiedeten Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen. Durch die Regelung sollen Verkehrsunternehmen für Einbußen, die in der Zeit vom 01.03. bis zum 31.08.2020 entstanden sind, mittels direkter Zuschüsse entschädigt werden. Aufgrund der Pandemie ist die Zahl der Fahrgäste im Sektor des öffentlichen Nahverkehrs um 70% bis 90% zurückgegangen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_1463

Kommission; Genehmigung von Beihilfen zur Unterstützung von durch COVID-19 betroffenen Flughäfen

Am 12.08.2020 genehmigte die Kommission die von DEU angemeldete Beihilferegulation zur Unterstützung von Flughäfen angesichts der COVID-19-Pandemie. Die Genehmigung erfolgte auf der Grundlage des am 19.03.2020 verabschiedeten Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen. Nach der Regelung können die deutschen Behörden Flughäfen u.a. für Einnahmeausfälle im Zeitraum 04.03. bis 30.06.2020 einen Ausgleich in Form von direkten Zuschüssen gewähren. Dabei wird sichergestellt, dass der Ausgleich, sofern er den tatsächlichen Schaden übersteigt, an DEU zurückgezahlt werden muss. Weiterhin werden Liquiditätshilfen für Flughäfen zur Verfügung gestellt, die infolge der Beschränkungen durch die Pandemie Liquiditätsengpässen gegenüberstehen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_1472

Kommission; Genehmigung von Beihilfen zur Förderung des Schienengüterverkehrs in Höhe von 500 Mio. EUR

Am 12.08.2020 hat die Kommission eine von DEU angemeldete Regelung für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation im Sektor des Schienengüterverkehrs in Höhe von insgesamt 500 Mio. EUR genehmigt. Die Regelung enthält ein Jahresbudget von 100 Mio. EUR und läuft bis Ende 2024. Die Unterstützung wird in Form von direkten Zuschüssen erfolgen. Die Beihilfen gelten sowohl für Projekte zur Entwicklung und Erprobung innovativer Technologien durch Pilotprojekte und digitale Testfälle als auch für Projekte hinsichtlich der

Markteinführung innovativer neuer Technologien. Ziel ist die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene, indem das System des Schienengüterverkehrs verbessert wird.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200812-eu-wettbewerbshueter-genehmigen-deutsche-beihilfen-fuer-flughaefen-und-schienengueterverkehr_de

Kommission; Genehmigung des geplanten „BayernFonds“

Am 20.08.2020 genehmigte die Kommission die Einrichtung des von der bayerischen Landesregierung geplanten „BayernFonds“ in Höhe von bis zu 46 Mrd. EUR, den DEU bei der Kommission angemeldet hatte. Die Genehmigung erfolgte auf der Grundlage des am 19.03.2020 verabschiedeten Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen. Der Fonds soll mit einer Mobilisation von Liquiditäts- und Kapitalhilfen die für Bayern wichtigen mittelgroßen Unternehmen bei der Bewältigung der COVID-19-Krise unterstützen. Diese Unterstützung soll über Garantien (in einer geplanten Höhe von 26 Mrd. EUR) sowie subventionierte Fremdkapitalinstrumente in Form nachrangiger Darlehen und Rekapitalisierungsinstrumenten (mit einem Gesamtumfang von bis zu 20 Mrd. EUR) erfolgen. Für eine solche Beihilfe kommen Unternehmen in Betracht, bei denen es sich am 31.12.2019 noch nicht um Unternehmen in Schwierigkeiten handelte.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200820-bayernfonds_de

Kommission; Annahme eines Pakets zum Präferenzhandel mit der Pan-Europa-Mittelmeer-Zone

Am 24.08.2020 hat die Kommission ein Paket mit Vorschlägen angenommen, die sowohl den Handel zwischen der EU und ihren Nachbarländern steigern, als auch eine wirtschaftliche Erholung nach der COVID-19-Pandemie gewährleisten soll. Diese Vorschläge modernisieren Präferenzhandelsabkommen der EU mit 20 Pan-Europa-Mittelmeer-Handelspartnern, indem entsprechende „Ursprungsregeln“ innerhalb der Abkommen flexibler und unternehmensfreundlicher gestaltet werden. Die Neuerungen sind das Ergebnis von nunmehr zehnjährigen Verhandlungen und werden neben denen des Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln (PEM-Übereinkommen) gelten, bis dessen Überarbeitung abgeschlossen ist.

https://ec.europa.eu/taxation_customs/business/calculation-customs-duties/rules-origin/general-aspects-preferential-origin/arrangements-list/new-pem-rules-of-origin_de

Kommission; Förderung von 23 neuen Forschungsprojekte Die Kommission hat am 11.08.2020 bekannt gegeben, wegen der anhaltenden COVID-19-Pandemie 23 neue Forschungsprojekte mit 128 Mio. EUR zu unterstützen. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen von Horizont 2020, dem Forschungs- und Innovationsprogramm der EU. Die Aufforderung zur Interessensbekundung war am 19.05.2020 veröffentlicht worden. An den 23 Projekten sind 347 Forschungsteams aus 40 Ländern beteiligt, darunter 34 Teilnehmer aus 16 Nicht-EU-Ländern. DEU ist mit 39 Forschungsteams an 14 dieser Projekte beteiligt. Sie umfassen die Neuausrichtung der Produktion für die schnelle Herstellung lebenswichtiger medizinischer Ausstattung, die Entwicklung medizinischer Technologien und digitaler Instrumente, die Analyse der verhaltensbezogenen und sozioökologischen Auswirkungen der Pandemie und die Erkenntnisse aus großen Patientengruppen. Die Mittel sollen es den Forscherinnen und Forschern ermöglichen, die Pandemie und ihre Folgen zu bekämpfen. Derzeit handelt die Kommission die entsprechenden Finanzierungsvereinbarungen mit den Forschungseinrichtungen aus.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1460

Kommission; Kreatives Europa; Programm für einen nachhaltigen Musikbereich

Die Kommission hat nähere Informationen zu einer Ausschreibung im Musikbereich veröffentlicht; Frist für Anträge ist 30.09.2020. Diese betrifft die sog. „Preparatory Action“ in der Programmlinie „Musik bewegt Europa: Förderung der europäischen Musikvielfalt und des Talents“. Um diese umsetzen zu können, soll die wirtschaftliche Erholung und digitale Entwicklung im Lichte der COVID-19-Krise durch die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen unterstützt werden. Das europäische „Musikökosystem“ soll so nachhaltiger gemacht werden. Dieser Bereich gehört zu jenen, die besonders stark von der Krise betroffen sind, mit Auswirkungen auf die gesamte Wertschöpfungskette des Sektors und mit massiven Verlusten. Zwar wurden bereits Rettungsmaßnahmen zur Hilfe des Sektors eingeleitet, jedoch sind nach Ansicht der Kommission weitere Maßnahmen nötig, um die Erholung nachhaltig und widerstandsfähiger zu gestalten. Sie wird ein Konsortium auswählen, welches ein innovatives und wirksames Unterstützungsprogramm erstellt und verwaltet. Durch eine Bedarfsanalyse sollen die Zuschüsse an Empfänger des Musiksektors umverteilt werden. Ein Konsortium soll bis November 2020 ausgewählt und die Mittel sollen so früh wie möglich 2021 verteilt werden. Diese Ausschreibung soll zusätzlich zu anderen nationalen und EU-Initiativen dazu beitragen, die negativen Auswirkungen der COVID-19-Krise zu mildern.

<https://ec.europa.eu/culture/calls/music-moves-europe-preparatory-action-2020-innovative-support-scheme-sustainable-music>

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; Sonder-Videokonferenz der EU-Außenminister

Am 14.08.2020 fand angesichts der Lage im östlichen Mittelmeer und in Belarus im Nachgang zu der Präsidentschaftswahl vom 09.08.2020 ein kurzfristig angesetztes informelles Sondertreffen der EU-Außenminister per Videokonferenz statt. Weitere Themen waren die Situation im Libanon nach der Explosionskatastrophe sowie die bevorstehenden Wahlen in Venezuela und Bolivien. Hinsichtlich der jüngsten Vorfälle im östlichen Mittelmeer bekundeten die EU-Außenminister ihre Solidarität mit GRI und CYP und betonten die sicherheitspolitische Relevanz der Ereignisse für die gesamte EU. Sie forderten eine umgehende Deeskalation und kritisierten die Mobilisierung der türkischen Seestreitkräfte. Es wurde die Bedeutung der Beziehungen zur Türkei hervorgehoben und mehr Dialog gefordert. Die Minister betonten, dass Seerechtsfragen ausschließlich im Wege von Verhandlungen im Einklang mit dem Völkerrecht und auf Basis guter nachbarschaftlicher Beziehungen zu klären seien, nicht jedoch mittels unilateraler Maßnahmen und der Mobilisierung von Seestreitkräften. Im Hinblick auf Belarus riefen die Minister erneut zu einer Beendigung der unverhältnismäßigen und inakzeptablen Gewalt gegen friedliche Demonstranten auf. Die EU werde der belarussischen Bevölkerung in ihrem Streben nach einem demokratischen Wandel beistehen. Die Wahl sei weder frei noch fair gewesen, weshalb das Wahlergebnis nicht anerkannt werde. Man kam darin überein, Sanktionen gegen die Verantwortlichen von Gewalt, Unterdrückung und Wahlfälschung zu verhängen. Hinsichtlich der Hilfsleistungen an den Libanon wurde eine strenge Überwachung gefordert, um sicherzustellen, dass die Hilfe bei den Bedürftigen ankomme. In Anbetracht der jüngsten politischen Entwicklungen wurde die Notwendigkeit einer handlungsfähigen libanesischen Regierung betont. Die Bereitschaft zu weiterer Unterstützung, insbesondere bei der Untersuchung der Explosionsursache, wurde zugesichert. Der derzeitige Stillstand bezüglich der bevorstehenden venezolanischen Präsidentschaftswahlen und die Entsendung einer

EU-Wahlbeobachtungsmission wurden erörtert. Im Hinblick auf Bolivien werde die EU weiterhin Dialog- und Vermittlungsbemühungen unterstützen und beabsichtige, eine Wahlbeobachtungsmission zu entsenden, sofern die Bedingungen vor Ort im Hinblick auf Gesundheit und Sicherheit dies zulassen.

https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2020/08/14/?amp;utm_medium=email&utm_campaign=Video+conference+of+foreign+affairs+ministers

Mordanschlag auf Alexej Nawalny verurteilt

In einer am 02.09.2020 herausgegebenen Erklärung des Hohen Vertreters der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, verurteilt die EU die Vergiftung des russischen Oppositionsführers Alexej Nawalny und fordert Aufklärung. Nachdem ein Speziallabor der deutschen Bundeswehr eine Vergiftung Nawalnys mit einem Nervengift der „Nowitschok“-Gruppe nachgewiesen hatte, erklärte der Hohe Vertreter, der Einsatz chemischer Waffen sei unter allen Umständen inakzeptabel und verstoße gegen das Völkerrecht. Die Verantwortlichen müssten zur Rechenschaft gezogen werden, und die russische Regierung müsse den Mordanschlag auf Nawalny gründlich und transparent untersuchen. Die EU werde die Angelegenheit weiterhin aufmerksam verfolgen und mögliche Konsequenzen diskutieren. Bei ihrer informellen Tagung am 27./28.08.2020 haben die EU-Außenminister bereits über die Beziehungen der EU zu Russland gesprochen. Nach der nun bestätigten Vergiftung Nawalnys planen sie, bei ihrem nächsten Treffen am 12.10.2020 wieder darüber zu beraten.

https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/84677/russia-statement-high-representativevice-president-josep-borrell-poisoning-alexei-navalny_en

Kommission; Hilfsgüter an Libanon nach Explosion in Beirut geliefert

Am 31.08.2020 gab die Kommission die Durchführung eines zweiten Flugs im Rahmen der humanitären Luftbrücke der EU in den Libanon als Reaktion auf die schwere Explosion im Hafen von Beirut am 04.08.2020 bekannt. An Bord hätten sich 12 Tonnen lebenswichtiger humanitärer Hilfsgüter und medizinischer Ausrüstung befunden, etwa ein mobiles Krankenhaus und Gesichtsmasken. Ziel sei es, den medizinischen Bedarf der Menschen, die von der Explosion und der sich verschärfenden COVID-19 Pandemie am stärksten betroffen seien, zu decken. Die Transportkosten seien wie stets im Rahmen der humanitären Luftbrücke von der EU übernommen worden, die Hilfsgüter hätten spanische Behörden, die Philips Foundation und die Universität Antwerpen zur Verfügung gestellt. Bereits am 13.08.2020 sei ein erster Flug der humanitären Luftbrücke nach Beirut mit mehr als 17 Tonnen humanitärer Hilfsgüter, Medikamenten und medizinischer Ausrüstung durchgeführt worden. Neben den lebenswichtigen Hilfsgütern habe die EU mehr als 64 Mio. EUR Soforthilfe bereitgestellt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1537

W i r t s c h a f t

Kommission; Ausweitung der Antidumpingzölle auf weitere chinesische Stahlerzeugnisse

Am 04.08.2020 weitete die Kommission ihre Antidumpingzölle auf weitere chinesische korrosionsbeständige Stahlerzeugnisse aus, um Verkäufe von nur geringfügig modifizierten Erzeugnissen zu Dumpingpreisen zu verhindern. Hintergrund der Ausweitung ist eine Überprüfung der Schutzmaßnahmen für Stahl 2019, im Rahmen derer die Kommission festgestellt hat, dass die Einfuhren von chinesischem

korrosionsbeständigem Stahl, für den Antidumpingmaßnahmen gelten, beinahe vollständig verschwunden sind. Im Gegenzug stiegen die Einfuhren anderer korrosionsbeständiger Produkte.

https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2020.255.01.0036.01.ENG&toc=OJ:L:2020:255:TOC

Kommission; Genehmigung der Übernahme von Electra Industries durch Bosch Thermotechnik und Electra Consumer Products

Am 12.08.2020 genehmigte die Kommission die gemeinsame Übernahme der gesamten israelischen Electra Industries Ltd. durch Bosch Thermotechnik GmbH (Sitz in Wetzlar) und die israelische Electra Consumer Products Ltd. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass die geplante Übernahme angesichts der begrenzten Überschneidungen zwischen den Tätigkeiten der Unternehmen im Europäischen Wirtschaftsraum keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken aufwirft.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_20_1477

Kommission; Genehmigung der Übernahme von Gehe durch Alliance Healthcare

Am 18.08.2020 hat die Kommission die geplante Übernahme der Gehe Pharma Handel GmbH, Gehe Immobilien GmbH & Co. KG und Gehe Immobilien Verwaltungs-GmbH („Gehe“) durch die Alliance Healthcare Deutschland AG (Sitz in Frankfurt am Main) genehmigt. Sowohl Gehe als auch Alliance Healthcare sind hauptsächlich im pharmazeutischen Großhandel in DEU tätig und beliefern den nationalen Apothekeneinzelhandel. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass die geplante Übernahme weder auf nationaler noch auf regionaler Ebene in den Einzugsgebieten um die Auslieferungslager in ganz DEU wettbewerbsrechtliche Bedenken aufwirft.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_20_1492

Kommission; Einigung zwischen EU und den USA auf Zollsenkungen

Am 21.08.2020 haben sich die EU und die USA auf ein Zollabkommen geeinigt. Im Rahmen des Abkommens schafft die EU für die nächsten fünf Jahre Importzölle auf lebende und gefrorene Hummer ab, deren US-Exporte in die EU sich 2017 auf über 111 Mio. US-Dollar beliefen. Im Gegenzug verpflichteten sich die USA zu Zollsenkungen um 50% für eine Reihe europäischer Produkte mit einem jährlichen durchschnittlichen Handelswert von 160 Mio. US-Dollar. Zu diesen Produkten zählen u.a. Fahrzeuge und Fahrzeugteile. Beide Seiten schaffen die Zölle zum 01.08.2020 auf Basis des Prinzips der Meistbegünstigung ab.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_20_1512

Kommission; Rücktritt von EU-Handelskommissar Phil Hogan

Am Abend des 26.09.2020 erklärte der für Handel zuständige Kommissar Phil Hogan gegenüber Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen seinen sofortigen Rücktritt. Hogan hatte zuletzt immer stärker unter Druck gestanden und zunehmend Kritik erhalten, nachdem er durch die Teilnahme an einem Abendessen einer Golfgesellschaft gegen in IRL geltende Regelungen der COVID-19-Pandemie verstoßen hatte. Kommissionspräsidentin von der Leyen reagierte am 27.09.2020 mit einem kurzen Statement auf den Rücktritt. Sie entschied, dass Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis „ad Interim“ das Dossier der EU-Handelspolitik übernehmen wird. IRL wurde zudem aufgefordert, einen neuen Kandidaten und eine neue Kandidatin für einen Kommissionsposten vorzuschlagen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_20_1526

Eurostat; Anstieg des Absatzvolumens des Einzelhandels

Am 05.08.2020 veröffentlichte Eurostat eine Schätzung, nach der im Juni 2020, einem Monat, der in vielen Mitgliedstaaten von schrittweisen Lockerungen der COVID-19-Eindämmungsmaßnahmen geprägt war, der kalenderbereinigte Einzelhandelsindex gegenüber Juni 2019 sowohl im Euroraum als auch in der EU um je 1,3% gestiegen ist. In DEU stieg das Absatzvolumen im Einzelhandel im Juni 2020 gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres um 3,2%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11179860/4-05082020-AP-DE.pdf/f628a36d-48d0-16b5-90b0-f5f9184cc5e1>

Eurostat; Überschuss des Euroraums im internationalen Warenverkehr im Juni 2020

Am 14.08.2020 hat Eurostat eine Schätzung veröffentlicht, wonach die Warenausfuhren des Euroraums in die restliche Welt im Juni 2020 bei 170,3 Mrd. EUR lagen, was einem Rückgang von 10% gegenüber Juni 2019 (189,3 Mrd. EUR) entspricht. Die Einfuhren aus der restlichen Welt beliefen sich auf 149,1 Mrd. EUR; das entspricht einem Rückgang von 12,2% gegenüber Juni 2019 (169,9 Mrd. EUR). Infolgedessen registrierte der Euroraum im Juni 2020 einen Überschuss von 21,2 Mrd. EUR im Warenverkehr mit der restlichen Welt, gegenüber 19,4 Mrd. EUR im gleichen Vorjahresmonat. Der Intra-Euroraum-Handel belief sich im Juni 2020 auf 150,6 Mrd. EUR und verzeichnet damit einen Rückgang von 7,3% gegenüber Juni 2019 (162,5 Mrd. EUR).

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10545451/6-14082020-BP-DE.pdf/76cb1414-96b9-ce50-bf87-f8a1edb70795>

Eurostat; Produktion im Baugewerbe im Juni 2020 im Vergleich zum Vorjahr

Aus einer am 20.08.2020 veröffentlichten Schätzung von Eurostat ergibt sich, dass im Juni 2020 die Produktion im Baugewerbe gegenüber Juni 2019 im Euroraum um 5,9% und in der EU um 5,8% gesunken ist. Im Hochbau sank die Bautätigkeit im Euroraum im Juni 2020 gegenüber Juni 2019 um 6,6% und im Tiefbau um 2,6%. In der EU sank die Bautätigkeit im Juni 2020 gegenüber dem Vorjahr im Hochbau um 6,2% und im Tiefbau um 3,2%. In DEU wurde im jährlichen Vergleich ein Anstieg von 1,4% registriert.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11220815/4-20082020-AP-DE.pdf/b149d037-ff9c-d854-ed42-49cfe40b455b>

Kommission; Mitteilung zu kritischen Rohstoffen

Die Kommission legte am 03.09.2020 eine Mitteilung mit dem Titel „Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen Rohstoffen: Einen Pfad hin zu größerer Sicherheit und Nachhaltigkeit abstecken“ vor. Aufbauend auf der EU-Rohstoffinitiative enthält diese Mitteilung zum einen die Liste der kritischen Rohstoffe für die EU sowie eine Schilderung der Probleme für eine sichere und nachhaltige Versorgung mit kritischen Rohstoffen und Maßnahmen zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit und der offenen strategischen Autonomie der EU. Neu auf der Liste stehen die Rohstoffe Bauxit, Lithium, Titan und Strontium. Die Liste kritischer Rohstoffe wird von der Kommission alle drei Jahre überprüft. Sie stellt ein Hilfsmittel zur Unterstützung der Politikgestaltung der EU dar. Mit Hilfe der Liste kann der Investitionsbedarf ermittelt und Forschung und Innovation im Rahmen der EU-Programme gesteuert werden. Sie ist auch für die Kreislaufwirtschaft, die Förderung einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Beschaffung und für die Industriepolitik von Bedeutung.

<https://ec.europa.eu/docsroom/documents/42849>

Kommission; Bericht über die Verwaltung des Garantiefonds des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) im Jahr 2019

Die Kommission legte am 18.08.2020 ihren jährlichen Bericht über die Verwaltung des EFSI Garantiefonds im Jahr 2019 vor. Die EU-Garantie deckt Finanzierungen und Investitionen ab, die von der Europäischen Investitionsbank (EIB) im Rahmen des Hauptteils des Finanzierungsfensters „Infrastruktur und Innovation“ („Iul-Fenster“) sowie vom Europäischen Investitionsfonds im Rahmen des Finanzierungsfensters „KMU“ („KMU-Fenster“) und im Rahmen des Iul-Unterfensters „KMU-/Midcap-Fonds“ unterzeichnet wurden. Die EFSI-Geschäfte sind teils durch die EU-Garantie gedeckt, teils werden sie auf eigenes Risiko der EIB-Gruppe durchgeführt. Laut Bericht wurden im letzten Jahr EU-Haushaltsmittel in Höhe von 357 Mio. EUR für die Ausstattung des EFSI-Garantiefonds 2019 gebunden. 2019 beliefen sich die EFSI-Finanzierungen auf 68,7 Mrd. EUR in 28 Staaten. Der Gesamtbetrag der EU für unterzeichnete (ausgezahlt und noch nicht ausgezahlt) Geschäfte im Rahmen der EU-Garantie belief sich auf 21,9 Mrd. EUR. Die Zielquote des EFSI-Garantiefonds wurde auf 35% der Gesamtgarantieverpflichtungen der EU festgesetzt. Dies sieht die Kommission auch als angemessen an.

<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2020/DE/COM-2020-385-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>

Kommission; Mikrosatellit im Rahmen einer EU- geförderten Raumfahrtinitiative erfolgreich ins All gestartet

Die Kommission hat am 03.09.2020 über den ersten erfolgreichen Start eines Mikrosatelliten ins All vom europäischen Weltraumbahnhof in Kourou an der Atlantikküste von Französisch Guyana in Südamerika um 03.51 Uhr berichtet. Die Mission stelle, so die Kommission, einen wichtigen Meilenstein für Arianespace dar, das seine Fähigkeit zur Bereitstellung von innovativen und wettbewerbsfähigen Dienstleistungen, auch im vielversprechenden Marktsegment der Nano- und Mikro-Satelliten, gezeigt habe. Der 50 Kilogramm schwere Satellit wurde von Studierenden der Universidad Politécnica de Madrid entworfen und hergestellt. Der Start dieses Satelliten stellt den Auftakt für eine Reihe von insgesamt 26 Experimenten im Rahmen der Initiative „In-Orbit Demonstration and Validation (IOD/IOV)“ der EU dar. Die Initiative fördert durch die Bereitstellung von Startmöglichkeiten zur Überprüfung von Weltraumtechnologien eine innovative und wettbewerbsfähige EU-Raumfahrtindustrie. Sie ermöglicht Experimente in verschiedenen Bereichen wie der Erdbeobachtung, Telekommunikation und Satellitennavigation. Sowohl Wissenschaftler als auch Unternehmen erhalten dadurch die Möglichkeit, neue Technologien schneller auf den Markt zu bringen. Die EU fördert die Initiative über das Forschungsprogramm Horizont 2020.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200903-satellitenstart_de

V e r k e h r

Kommission; Öffentliche Konsultation zu nachhaltigen Flugzeugtreibstoffen

Am 05.08.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation über Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen im Luftverkehrssektor eingeleitet. Derzeit machen laut Kommission nachhaltige Kraftstoffe lediglich einen Anteil von 0,05% am Treibstoffverbrauch in der EU aus. Mit der Initiative „ReFuelEU Aviation“ will sie durch eine verstärkte Produktion und Verbreitung nachhaltiger Flugzeugtreibstoffe die Dekarbonisierung des Luftverkehrs beschleunigen. Im Rahmen der Konsultation sollen u.a. auch Erkenntnisse über die erwarteten Kosten und den erwarteten Nutzen

der vorgeschlagenen Maßnahmen gesammelt werden. Ziel ist, den Aufschwung nach der COVID-19-Pandemie als Chance für die Luftfahrt zu nutzen und zur Erreichung der Klimaziele der EU beizutragen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 28.10.2020.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12303-ReFuelEU-Aviation-Sustainable-Aviation-Fuels>

Kommission; Konsultation über den Entwurf einer Durchführungsverordnung zum Flugverkehrsmanagement

Am 17.08.2020 hat die Kommission eine Konsultation über den Entwurf einer Durchführungsverordnung im Rahmen des Flugverkehrsmanagements eingeleitet. Ziel ist es, die technischen Lösungen, die aus den Forschungsarbeiten des Gemeinsamen Unternehmens „Single European Sky Air Traffic Management Research – SESAR“ entstanden sind, in die Praxis einzuführen. Diese technischen Lösungen sollen dazu führen, die Sicherheit innerhalb des Flugverkehrsmanagements zu erhöhen, eine höhere Anzahl von Direktflügen durchführen zu können, die CO₂-Emissionen zu senken sowie die Reisen von Fluggästen zu verkürzen. Sie sollen als Standard festgesetzt werden, die innerhalb der Branche bis 2027 umgesetzt sein müssen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 14.09.2020.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12460-SESAR-Common-Project-1-Concluding-the-pilot-phase-of-the-SESAR-deployment-framework>

Kommission; Öffentliche Konsultation zum Fahrplan der gegenwärtig bestehenden Ausnahmeregeln in der sogenannten „Slotverordnung“

Am 31.08.2020 hat die Kommission eine Konsultation zu ihrem weiteren Fahrplan im Hinblick auf die geänderten Vorschriften bezüglich der Zuweisung von Zeitnischen auf europäischen Flughäfen vor dem Hintergrund der COVID-19-Krise eingeleitet. Diese Ausnahmeregeln gelten gegenwärtig bis 24.10.2020 (vgl. BaB 6/2020). Ziel der Konsultation ist, die Ansichten der Interessenträger sowie Erkenntnisse über die Umsetzung der derzeitigen Aufhebung der Verpflichtung zur Nutzung der Zeitnischen und die erwarteten Auswirkungen der vorgeschlagenen Optionen einzuholen. Die Kommission erwägt, die Ausnahmeregelung zu verlängern und gegen bestimmte Praktiken vorzugehen, die den Wettbewerb beeinträchtigen könnten. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 28.09.2020.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12571-Proposal-to-amend-common-rules-for-the-allocation-of-slots-at-European-Union-airports>

E n e r g i e

Kommission; Konsultation zur Evaluierung des EU-Programms zur Stilllegung kerntechnischer Anlagen im Zeitraum 2014-2020

Die Kommission hat am 28.08.2020 eine öffentliche Konsultation zum EU-Finanzierungsprogramm zur Stilllegung kerntechnischer Anlagen eingeleitet. Das Programm hat seit dem EU-Beitritt von BUL, SLK und LIT zur Stilllegung von acht Kernreaktoren der ersten Generation sowjetischer Bauart in diesen Ländern beigetragen. Im Rahmen der Evaluierung werden die im Zeitraum 2014-2020 finanzierten Maßnahmen bewertet. Rückmeldungen sind bis zum 16.10.2020 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12477-Ex-post-evaluation-of-the-nuclear-decommissioning-assistance-programme-2014-2020->

Kommission; Konsultation zur Überprüfung und Bewertung der EU-Energieeffizienzrichtlinie

Am 04.08.2020 hat die Kommission einen öffentlichen Konsultationsprozess zum Fahrplan zur Überprüfung der EU-Energieeffizienzrichtlinie 2012/27/EU eröffnet. Sie hat sich im Rahmen des europäischen Grünen Deals zu stärkeren Klimaschutzmaßnahmen verpflichtet und will daher prüfen, wie die Treibhausgasemissionen der EU bis 2030 verantwortungsvoll gesenkt werden können. Der Fahrplan zur EU-Energieeffizienzrichtlinie beschäftigt sich damit, wie angemessen die bestehenden Regeln sind, um die Zielsetzung zu erreichen, den Energieverbrauch bis 2030 um mindestens 32,5% zu senken und wie dies durch eine Überarbeitung der Richtlinie effektiver gestaltet werden kann. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 21.09.2020.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12552-Review-of-Directive-2012-27-EU-on-energy-efficiency>

Kommission; Konsultation zur Überprüfung der EU-Vorschriften für erneuerbare Energien

Am 04.08.2020 hat die Kommission einen öffentlichen Konsultationsprozess zum Fahrplan bezüglich der Überprüfung der Richtlinie 2018/2001/EU über erneuerbare Energien eröffnet. Sie hat sich im Rahmen des europäischen Grünen Deals zu stärkeren Klimaschutzmaßnahmen verpflichtet und will daher prüfen, wie die Treibhausgasemissionen der EU bis 2030 verantwortungsvoll gesenkt werden können. Bei der Bewertung der Richtlinie soll erörtert werden, ob das EU-Ziel für erneuerbare Energien von derzeit mindestens 32% für 2030 angehoben werden sollte und ob gegebenenfalls auch andere Teile der Richtlinie angepasst werden müssen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 21.09.2020.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12553-Revision-of-the-Renewable-Energy-Directive-EU-2018-2001>

Digital

Kommission; Konsultation zur Reform der eIDAS-Verordnung

Die Kommission konsultiert noch bis zum 02.10.2020 über eine Reform der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (sog. eIDAS-Verordnung). Gegenstand der Verordnung sind elektronische Signaturen sowie Dienste betreffend elektronische Siegel und Zeitstempel, Zustellung elektronischer Einschreiben und Webseiten-Zertifikate. Mit der Einleitung der öffentlichen Konsultation hat die Kommission auch einen Fahrplan der geplanten Reform veröffentlicht. Darin stellt sie mehrere Handlungsoptionen vor. Sie reichen von der Erarbeitung weiterer Durchführungsrechtsakte und Leitlinien sowie einer Selbstverpflichtung der Mitgliedstaaten, die Digitalisierung des öffentlichen Sektors voranzutreiben, über eine „ambitioniertere“ Initiative, mit der der Geltungsbereich der Verordnung auf den Privatsektor ausgedehnt wird, bis hin zur Einführung einer europäischen digitalen Identität, eines „European Digital Identity Scheme“, sog. EUid. Der Vorschlag der Kommission für eine geänderte eIDAS-Verordnung ist für das vierte Quartal 2020 angekündigt.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12528-European-Digital-Identity-EUid->

EuGH; Vertragsumstellung nach Abschaffung von Roamingaufschlägen

Der EuGH hat mit Urteil vom 03.09.2020 in der Rechtssache C-539/19 entschieden, dass die Roaminganbieter ab dem 15.06.2017 verpflichtet waren, den u. a. in Art. 6a der Verordnung Nr. 531/2012 vorgesehenen regulierten Roamingtarif automatisch auf alle ihre Kunden anzuwenden. Das gilt unabhängig davon, ob die Kunden zuvor einen regulierten Roamingtarif oder einen anderen Tarif gewählt hatten, es sei denn, dass sie vor dem Stichtag gemäß dem dafür in Art. 6e Abs. 3 Unterabs. 1 der Verordnung vorgesehenen Verfahren ausdrücklich erklärt haben, dass sie einen solchen anderen Tarif nutzen möchten. Dafür sprechen nach Ansicht des EuGH sowohl der Wortlaut der Verordnung als auch ihr Zusammenhang. Der Unionsgesetzgeber habe eindeutig beabsichtigt, der automatischen Einführung des neuen Tarifs für alle Kunden den Vorzug zu geben. Der EuGH folgt damit der Rechtsauffassung des deutschen Bundesverbands der Verbraucherzentralen. Er beanstandet in dem Ausgangsverfahren vor dem Landgericht München I, dass Telefonica Germany zum 15.06.2017, als nach der Roaming-Verordnung Endkunden-Roamingaufschläge abgeschafft wurden, eine automatische Umstellung auf den regulierten „Roam-Like-At-Home“-Tarif nur bei Kunden vorgenommen hat, die bis dahin einen regulierten Tarif besaßen. Von Kunden, die sich in einem speziellen, sog. alternativen Roaming-Tarif befanden, hat sie hingegen ein aktives Opt-In in den „Roam-Like-At-Home“- Tarif verlangt.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-539/19>

F o r s c h u n g

Kommission; Neue Partnerschaft bei Horizont Europa

Mit der neuen öffentlich-privaten Partnerschaft „Processes4Planet“ könnte sich ein neues Forum rund um die R-Minderung anbahnen, das im Rahmen des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa gefördert wird. Ein entsprechender Antrag wurde bei der Kommission in dieser Woche eingereicht. Insgesamt werden voraussichtlich rund 45 Partnerschaften in der zweiten Säule von Horizont finanziell unterstützt werden. Processes for Planet hat Chancen, Nachfolger der aktuellen öffentlich-privaten Partnerschaft SPIRE zu werden. Processes4Planet will nach Erklärungen der Koordinatoren auf den Bemühungen von Horizont 2020 aufbauen, um energieintensive Prozessindustrien umzuwandeln und der EU zu helfen, ihre Klimaziele bis 2050 zu erreichen. Es sollen mit Processes4Planet Technologien entwickelt werden, welche die Elektrifizierung, die Nutzung von grünem Wasserstoff und CO₂-Abscheidungen ermöglichen, um energieintensive und umweltschädliche Industrien nachhaltig zu machen. Besonderes Augenmerk soll auf energieintensiven Industrien wie der Papierbranche, aber auch dem Aluminiumsektor, der Chemie- und auch der Zementindustrie liegen. Schätzungsweise werden bis 2050, das Jahr in welchem die Klimaneutralität erreicht werden soll, 33,8 Mrd. EUR für Forschung und Innovation benötigt und weitere hunderte Mrd. EUR für die Einführung der Technologien. Der Antrag für die Partnerschaft wurde bei der Kommission gestellt, nun muss diese prüfen, ob die Auswahlkriterien für eine europäische Partnerschaft erfüllt sind.

<https://sciencebusiness.net/framework-programmes/news/new-partnership-will-put-fresh-impetus-behind-greening-industrial>

Kommission; Marie-Curie-Aktionen (MSCA)

Die Kommission hat am 01.09.2020 bekannt gegeben, dass sie 74 neue Konsortien zur Forschungszusammenarbeit mit insgesamt 80 Mio. EUR unterstützen wird. Die

Forschenden werden über den Austausch von Forschungs- und Innovationspersonal (RISE) im Rahmen der Marie Skłodowska-Curie Aktionen (MSCA) unterstützt. Das MSCA-Mobilitätsprogramm für Forschende ist fester Bestandteil der ersten Säule von Horizont 2020, dem Forschungsrahmenprogramm der EU. Auch im kommenden Programm Horizont Europa ab 2021 werden die MSCA-Maßnahmen fortgesetzt werden. Die Liste der einzeln geförderten Projekte wurde noch nicht veröffentlicht. Die Kommission gab aber bereits bekannt, dass aus DEU 43 Partner und Koordinatorinnen und Koordinatoren beteiligt sind. Forschungskommissarin Mariya Gabriel lobte, dass das Programm Forschenden aus der ganzen Welt ermöglicht zusammenzuarbeiten. „Indem wir ihre Kreativität und ihren Unternehmergeist fördern, helfen wir ihnen, Spitzenforschung in innovative Produkte und Dienstleistungen umzusetzen, die heute mehr denn je benötigt werden. Ich wünsche den 74 Konsortien, die wir heute ausgewählt haben, viel Erfolg bei ihren Projekten“, so die Kommissarin. Die Maßnahme RISE fördert die internationale Zusammenarbeit durch den Austausch von Wissen und Ideen von der Forschung bis zur Marktreife innerhalb Europas und darüber hinaus. Rund 823 Organisationen (darunter 117 kleine und mittlere Unternehmen) aus 137 Staaten werden rund 4.000 Mitarbeiter austauschen, um Forschungs- und Innovationsaktivitäten in allen wissenschaftlichen Bereichen durchzuführen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200901-marie-curie-forscher_de

Kommission; Ausrichtung der Missionen - Rahmenprogramm

Die Kommission hat am 01.09.2020 bekannt gegeben, dass Bürgerinnen und Bürger für die Festlegung bestimmter Forschungsziele involviert werden sollen. Denn im Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa, das ab 2021 Projekte fördert, sind auch Missionen vorgesehen - gesellschaftsrelevante Aufträge, welche die EU mit ihrer Forschungspolitik verfolgen soll, z.B. in den Bereichen Klimaschutz und Gesundheit. Forschungskommissarin Mariya Gabriel rief daher interessierte Bürgerinnen und Bürger dazu auf, zu möglichen Zielen Stellung zu nehmen. Auf der Homepage der Kommission kann über eine Vorauswahl bis zum 14.09.2020 abgestimmt werden. Ende des Jahres wird die Generaldirektion Forschung der Kommission sodann über die final ausgewählten Missionen informieren, die dann die Forschungspolitik der EU prägen werden.

<https://missions-get-involved.ec.europa.eu/>

Finanzdienstleistungen

ESMA; Hohes Risiko einer Entkopplung der Performance der Finanzmärkte und der zugrundeliegenden Wirtschaftsentwicklung

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) veröffentlichte am 02.09.2020 ihren zweiten Bericht über Trends, Risiken und Schwachstellen im Jahr 2020. Der Bericht analysiert die Auswirkungen von COVID-19 auf die Finanzmärkte in der ersten Hälfte des Jahres 2020 und hebt das Risiko einer möglichen Entkopplung der Finanzmarktleistung von der zugrundeliegenden Wirtschaftstätigkeit hervor, was die Frage nach der Nachhaltigkeit der derzeitigen Markterholung aufwirft. Die COVID-19-Pandemie führte in Kombination mit den Bewertungsrisiken, die in den früheren Risikobewertungen der ESMA hervorgehoben wurden, im ersten Quartal zu massiven Korrekturen an den Aktienmärkten, während die Märkte im zweiten Quartal eine bemerkenswerte Erholung erlebten, die durch staatliche Interventionen in der EU und anderswo unterstützt wurde. Das Marktumfeld bleibt jedoch weiterhin fragil und die ESMA hält an ihrer Risikoeinschätzung fest. Sie geht davon aus, dass für institutionelle

Anleger und Privatanleger über einen längeren Zeitraum hinweg weitere - möglicherweise signifikante - Marktkorrekturen und sehr hohe Risiken im gesamten Aufgabenbereich der ESMA bestehen.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/esma-sees-high-risk-decoupling-financial-market-performance-and-underlying>

Finanzen

Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 0,4% gestiegen

Am 19.08.2020 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die jährlichen Inflationsraten. Im Juli 2020 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei 0,4%, gegenüber 0,3% im Juni. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,0% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im Juli bei 0,9%, gegenüber 0,8% im Juni. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,4% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in GRI (-2,1%), CYP (-2,0%) und EST (-1,3%) gemessen, die höchsten in HUN (3,9%), POL (3,7%) und CZR (3,6%). Im Vergleich zum Vormonat Juni ging die jährliche Inflationsrate in zehn Mitgliedstaaten zurück, blieb in drei unverändert und stieg in 14 Mitgliedstaaten an. Im Juli kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Industriegütern ohne Energie und Dienstleistungen (+0,42 Prozentpunkte), gefolgt von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+0,38 Prozentpunkte) sowie Energie (-0,83 Prozentpunkte). Die Inflationsrate in DEU betrug im Juli 0,0% zu 0,8% im Juni.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10545403/2-19082020-AP-DE.pdf/9fac197c-bb6d-4b52-6d68-3b4e7680a79c>

Rat; EP; Auftakt der Gespräche zum neuen Mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2021-2027

Nachdem sich die Staats- und Regierungschefs im Juli 2020 auf ein Finanzpaket im Umfang von rund 1,8 Bio. EUR geeinigt hatten, begannen am 27.08.2020 die Verhandlungen der EU-Staaten mit dem EP über den mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2021 bis 2027 (MFR). Das EP fordert insbesondere die Rücknahme von Kürzungen bei wichtigen Programmen im Budget. Auch wollen die Parlamentarier vor einer Zustimmung zum MFR deutliche Nachbesserungen hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeitsformulierung und einen ambitionierten Plan für die Einführung neuer Eigenmittel.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20200827IPR85805/future-eu-financing-parliament-and-german-council-presidency-kick-off-talks>

EZB; EUR-Liquiditätslinien mit den Zentralbanken von KRO und ROM verlängert

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 28.08.2020 mitgeteilt, dass die EUR-Liquiditätslinien mit den Zentralbanken von KRO und ROM um sechs Monate bis Ende Juni 2021 verlängert werden. Die Linien wurden Anfang dieses Jahres eingerichtet, um den Finanzinstituten in den beiden Ländern über ihre jeweiligen nationalen Zentralbanken EUR-Liquidität zur Verfügung zu stellen, um einen möglichen EUR-Liquiditätsbedarf bei Marktstörungen infolge des COVID-19-Schocks zu decken. Die EUR-Liquiditätslinien waren ursprünglich bis Ende 2020 vereinbart worden. Über eine Swap-Linien-Vereinbarung kann die Kroatische Nationalbank bis zu zwei Mrd. EUR bei der EZB gegen Kroatische Kuna aufnehmen. Im Rahmen ihrer Repo-Linie kann die rumänische Nationalbank bis zu 4,5 Mrd. EUR von der EZB gegen angemessene auf EUR lautende Sicherheiten leihen.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.pr200828~412bf7c3fd.en.html>

EuRH; Länderspezifische Empfehlungen müssen besser umgesetzt werden

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 03.09.2020 einen Sonderbericht mit dem Titel „Das Europäische Semester – länderspezifische Empfehlungen sprechen wichtige Aspekte an, müssen aber besser umgesetzt werden“ veröffentlicht. Darin untersuchten die Prüfer, ob die von der Kommission angewandten Verfahren zur engeren Überwachung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten wirksam waren. Sie gelangten zu dem Schluss, dass die Mitgliedstaaten im Zeitraum 2011-2018 nicht genug unternommen haben, um den länderspezifischen Empfehlungen nachzukommen. Die EU verzeichnet zwar weitreichende Fortschritte im Hinblick auf die Verwirklichung der meisten ihrer langfristigen haushaltspolitischen Ziele für das Jahr 2020, liegt bei der Armutsbekämpfung sowie bei Forschung und Entwicklung jedoch hinter den Vorgaben zurück. Vor dem Hintergrund der vom Europäischen Rat im Juli 2020 erzielten politischen Einigung zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 betonen die Prüfer zudem, dass Verbesserungsbedarf in Bezug auf die Art und Weise, wie die länderspezifischen Empfehlungen formuliert und umgesetzt werden, besteht.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR20_16/SR_european-semester-2_DE.pdf

S o z i a l e s

Kommission; Start der Konsultation zur EU-Kindergarantie

Die Kommission hat am 25.08.2020 die Konsultationsphase zur EU-Kindergarantie gestartet. Mit ihr möchte Präsidentin Ursula von der Leyen die Bekämpfung der Armut zur Vollendung der Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) weiter vorantreiben. Die Kindergarantie soll sicherstellen, dass jedes Kind in Europa Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung hat. Im Rahmen der Konsultation sollen nun die größten Herausforderungen für benachteiligte Kinder identifiziert werden, um somit die Grundlage für künftige Aktionen auf europäischer Ebene zielführend auszugestalten. Die Konsultation richtet sich an Akteure der Verwaltungen, soziale Dienstleister und NGOs. Beiträge können online bis zum 07.10.2020 eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12565-European-Child-Guarantee->

Kommission; Vorschlag für Bereitstellung von 81,4 Mrd. EUR aus dem SURE-Instrument zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit unterbreitet

Die Kommission hat am 24.08.2020 die Bereitstellung von 81,4 Mrd. EUR aus dem SURE-Instrument zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit vorgeschlagen. Mit SURE (European instrument for temporary Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency) will sie die Mitgliedstaaten (MS) bei der Verhinderung von Arbeitslosigkeit durch Instrumente der Kurzarbeit finanziell unterstützen. Dies geschieht in Form von Darlehen durch die Kommission, die hierfür bis zu 100 Mrd. EUR in Form von Krediten an den Finanzmärkten aufnehmen wird. Diese werden durch freiwillige Garantien von Seiten der MS abgesichert. Der Zeitrahmen für SURE ist zunächst bis zum 31.12.2022 mit der Möglichkeit der Verlängerung befristet. Mit dem nun unterbreiteten Vorschlag sieht die Kommission einen ersten Einsatz des Instrumentes vor. In diesem Rahmen sollen 15 MS eine finanzielle Unterstützung mit einem Gesamtvolumen von 81,4 Mrd.

EUR erhalten. PTL und HUN haben darüber hinaus bereits selbst förmliche Anträge gestellt, die nun von der Kommission geprüft werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_1496

EuGH; Gratismuster von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln dürfen nicht an Apotheker abgegeben werden

Der EuGH hat mit Urteil vom 11.06.2020 in der Rechtssache C-786/18 entschieden, dass Gratismuster von verschreibungspflichtigen Wirkstoffen lediglich an Ärzte abgegeben werden dürfen. Geklagt hatte das Pharmaunternehmen Novartis gegen den Generikahersteller Ratiopharm. Letzterer hatte Gratismuster mit dem Wirkstoff Diclofenac an Apotheken verteilt, der dem von Novartis hergestellten Voltaren entspricht. Darin sah Novartis einen Verstoß gegen den Gemeinschaftskodex für Humanarzneimittel (Kodex). Der EuGH kam zu dem Schluss, dass ein Verstoß gegen den Kodex vorliege, da solche Arzneimittel nur an berechnigte Personen, also Ärzte, abgegeben werden dürfe. Für Gratismuster ohne Verschreibungspflicht gilt diese Einschränkung für Apotheker jedoch nicht.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=D9F6898C0C0F4ED3CD19671031E66D68?text=&docid=227293&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=12492193>

EuGH; Staatliche Krankenversicherungsträger fallen nicht unter EU-Beihilfe

Mit Urteil vom 11.06.2020 in den Rechtssachen C-262/18 sowie C-271/18P hat der EuGH entschieden, ob Krankenversicherungen unter staatlicher Kontrolle unter das EU-Beihilferecht fallen. Geklagt hatte ein privater slowakischer Krankenversicherer gegen einen Versicherungsträger unter staatlicher Aufsicht, der im Zuge seiner Gründung Beihilfe erhalten haben soll. Hintergrund ist die Umstellung des zuvor einheitlichen staatlichen Versicherungssystems auf ein pluralistisches Modell, bei dem sowohl öffentliche wie private Versicherungsträger die Rechtsform einer gewinnorientierten, privatrechtlichen Aktiengesellschaft aufweisen. Trotz dieser Rechtsform und des Wettbewerbs der Träger sieht der EuGH in SLK sämtliche Merkmale für ein Solidaritätsprinzip-basiertes Versicherungssystem erfüllt. So sind, ähnlich wie in DEU die Leistungen gesetzlich vorgeschrieben und die Beiträge bemessen sich am Verdienst der Versicherten. Da die gegebenen Wettbewerbselemente hinter die rechtlichen und solidaritätsbezogenen Aspekte zurücktreten, sieht der EuGH in den Trägern keine Unternehmen im Sinne von Art. 107 AEUV, wodurch diese nicht den unionsrechtlichen Beihilferegelungen unterliegen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=0B9E314DF1577BB2EF16798C93B0CFD8?text=&docid=227299&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=12307921>

EuGH: Arbeitgeber von international tätigen LKW-Fahrern ist das tatsächlich weisungsbefugte Unternehmen

Mit Urteil vom 16.07.2020 in der Rechtssache C-610/18 entschied der EuGH die Frage, wer bei international tätigen LKW-Fahrern europarechtlich der Arbeitgeber ist und welche sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften Anwendung finden. Geklagt hatte die zyprische Gesellschaft AFMB gegen den Verwaltungsrat der niederländischen Sozialversicherungsanstalt. Diese sah die Anwendbarkeit der nationalen Rechtsvorschriften für jene AFMB-Fahrer gegeben, die für in NDL niedergelassene Transportunternehmen tätig sind. Obgleich AFMB in den Arbeitsverträgen formal als Arbeitgeber firmiert, erachtet es der EuGH als notwendig an, hier noch weitere Kriterien zur Klärung der Beschäftigungssituation heranzuziehen. Nach Auffassung des EuGH stellen die tatsächliche Lohnkostenentrichtung und Weisungsbefugnis die wesentlichen Merkmale zur Feststellung der Beziehung

zwischen dem „Arbeitgeber“ und „Personal“ dar. Im konkreten Fall urteilte der EuGH, dass die Fahrer ihre Tätigkeit auf Rechnung und Gefahr der Unternehmen in NDL durchführen, weshalb die entsprechenden Rechtsvorschriften über die soziale Sicherheit anzuwenden seien.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=228669&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=12326403>

G e s u n d h e i t u n d V e r b r a u c h e r s c h u t z

EuGH; Urteil zur Haftung des Luftfahrtunternehmens bei Unfall eines Fluggasts dessen Flug annulliert wurde bei Hotelunterbringung

Der EuGH hat mit Urteil vom 03.09.2020 in der Rechtssache C-530/19 entschieden ob ein Luftfahrtunternehmen für Schäden haftbar gemacht werden kann, die einem Fluggast während seines Aufenthalts in dem Hotel entstehen, das ihm wegen der Annullierung seines Fluges angeboten wurde. Der EuGH urteilte, dass die dem Luftfahrtunternehmen nach obliegende Pflicht, den Fluggästen unentgeltlich eine Hotelunterbringung anzubieten, nicht bedeutet, dass es die Unterbringungsmodalitäten als solche zu übernehmen hat. Die Verordnung Nr. 261/2004 sei dahin auszulegen, dass ein Luftfahrtunternehmen, das einem Fluggast, dessen Flug annulliert wurde, eine Hotelunterbringung angeboten hat, nicht auf der alleinigen Grundlage dieser Verordnung verpflichtet sein kann, dem Fluggast die Schäden zu ersetzen, die durch ein Fehlverhalten des Hotelpersonals entstanden sind.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=230605&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=18014284>

EuGH; Zahlung bei Ausgleichsleistung bei Annullierung eines Fluges in Landeswährung des Wohnortes des Fluggasts

Der EuGH urteilte in der Rechtssache C-365/19 mit Urteil vom 03.09.2020, dass ein Fluggast, dessen Flug annulliert wurde oder erheblich verspätet war, die Zahlung der vom Unionsrecht vorgesehenen Ausgleichsleistung in der Landeswährung seines Wohnortes verlangen kann. Es wäre mit dem Erfordernis einer weiten Auslegung der Fluggastrechte sowie mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung der geschädigten Fluggäste unvereinbar, eine Zahlung in der Landeswährung zu verweigern.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-09/cp200100de.pdf>

U m w e l t

EuGH; Schlussanträge zum Zugang zu Umweltinformationen über Stuttgart 21

Generalanwalt Hogan hat am 16.07.2020, seine Schlussanträge in der Rechtssache C-619/19 zum Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen im Zusammenhang mit dem Projekt „Stuttgart 21“ vorgelegt. Das Staatsministerium Baden-Württemberg hatte die Herausgabe von Dokumenten verweigert und damit von einer Ausnahmeregelung für interne Mitteilungen Gebrauch gemacht. Der Generalanwalt kam zu dem Schluss, dass als interne Mitteilung alle Mitteilungen bezeichnet werden können, die an eine andere Person gerichtet sind und die den Binnenbereich einer Behörde zu dem Zeitpunkt, zu dem die zuständige Behörde über den bei ihr gestellten Antrag entscheidet, noch nicht verlassen haben. Diese Ausnahme sei grundsätzlich zeitlich unbegrenzt. Die Zeit, die vergangen ist, kann jedoch einen Gesichtspunkt darstellen, der für eine Pflicht zur Bekanntgabe der angeforderten internen Mitteilung

spricht, und ist daher in die Interessenabwägung einzubeziehen. In jedem Einzelfall müssten die Interessen auf der Grundlage einer tatsächlichen spezifischen Prüfung jeder Situation gegeneinander abgewogen werden. Wenn die Behörde beschliesse, den Zugang zu einem Dokument zu verweigern, dessen Übermittlung bei ihr beantragt wurde, müsse sie erläutern, inwiefern der Zugang zu diesem Dokument das Interesse, das durch eine von ihr geltend gemachte Ausnahme geschützt werde, konkret und tatsächlich beeinträchtigen könnte.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=228707&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=17989674>

Kommission; Konsultation zu Regeln zur Kompensation von Treibhausgasemissionen der Landnutzung

Die Kommission hat einen Entwurf für eine delegierte Verordnung zur Kompensation von Treibhausgasemissionen aus der Landnutzung und Forstwirtschaft veröffentlicht; bis zum 14.09.2020 kann dieser im Rahmen einer öffentlichen Konsultation kommentiert werden. Alle Sektoren sollen zu dem Emissionsreduktionsziel der EU für 2030 beitragen, darunter auch der Sektor Landnutzung. Dies wurde von allen Staats- und Regierungschefs der EU beschlossen. Jeder Mitgliedstaat muss sicherstellen, dass zwischen 2021 und 2030 die Treibhausgasemissionen aus der Landnutzung durch eine mindestens gleichwertige Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre ausgeglichen wird. Mit der Initiative sollen Referenzwerte für Wälder festgelegt werden, die zwischen 2021 und 2025 von allen Beteiligten angewandt werden müssen. Die Annahme des Rechtsaktes durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2020 geplant.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12247-Greenhouse-gas-emissions-from-land-use-forestry-CO2-offsets?utm_source=POLITICO.EU&utm_campaign=63c63ebf3b-EMAIL_CAMPAIGN_2020_08_19_04_59&utm_medium=email&utm_term=0_10959edeb5-63c63ebf3b-190548415

Kommission; Konsultation zu neuen Grenzwerten für Pentachlorophenol

Die Kommission führt vom 01.09. bis 29.09. 2020 eine Konsultation zu neuen Grenzwerten für Pentachlorophenol durch. Pentachlorophenol, seine Salze und Ester sind in Anhang I der Verordnung über persistente organische Schadstoffe von 2019 aufgeführt, mit der das Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe umgesetzt wird, und somit in der EU verboten. Mit dieser Initiative soll ein Grenzwert für diese Chemikalien als unbeabsichtigte Spurenverunreinigungen in Stoffen, Gemischen und Erzeugnissen festgelegt werden. Dieser Grenzwert soll damit zur Durchsetzung des EU-weiten Verbots der Substanz beitragen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12516-Persistent-organic-pollutants-pentachlorophenol>

Kommission; Konsultation zu Umwelleistungen von Produkten und Leistungen

Am 20.07.2020 hat die Kommission einen Fahrplan für den Nachweis von Umwelleistungen von Produkten und Leistungen vorgelegt. Im Rahmen dieser Initiative sollen Unternehmen künftig dazu verpflichtet werden, ihre Angaben zum ökologischen Fußabdruck ihrer Produkte oder Dienstleistungen anhand standardisierter Quantifizierungsmethoden zu belegen. Ziel ist es, die entsprechenden Angaben in der gesamten EU zuverlässig, vergleichbar und überprüfbar zu machen und so „Greenwashing“ (d.h. die Vermittlung eines falschen Eindrucks der Umweltauswirkungen eines Unternehmens) zu verringern. Dies soll gewerblichen Abnehmern und Anlegern helfen, nachhaltigere Entscheidungen zu treffen, und das

Vertrauen der Verbraucher in Umweltzeichen und umweltrelevante Informationen stärken.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12511-Environmental-claims-based-on-environmental-footprint-methods>

Landwirtschaft

Rat; informelles Treffen der EU-Agrarministerinnen und -minister in Koblenz

Am 01.09.2020 trafen sich die EU-Agrarministerinnen und -minister auf Einladung von Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, in Koblenz. Bei dem Treffen wurden Lehren aus der Corona-Krise, Stärkung der Regionalität durch Herkunftskennzeichnung und Tierschutz im Stall und beim Transport diskutiert. Die Initiative von Bundesministerin Klöckner für eine EU-weite Tierwohlkennzeichnung fand dabei weitgehend Unterstützung. Auch die Regelungen für den Transport von Tieren standen auf der Tagesordnung. So diskutierten die Ministerinnen und Minister, was die Kommission umsetzen muss, damit Tiertransporte tierschutzgerecht durchgeführt werden können und wie die Zukunft von Tiertransporten aussehen soll. Des Weiteren wurde über die europäischen Lieferketten in der Corona-Krise debattiert und wie man sie nachhaltig stärken kann, um die Land- und Ernährungswirtschaft noch krisenfester aufzustellen. Die Kommission wurde beauftragt, dazu eine strukturierte Analyse zu erstellen, die größten Defizite zu identifizieren und Lösungen aufzuzeigen. Ziel ist es laut Bundesministerin Klöckner, die Landwirtschaft unabhängiger zu machen. „Das bedeutet aber nicht Abschottung oder Konsumnationalismus. Ein regelbasierter internationaler Handel, ein effizienter Binnenmarkt und regionale Kreisläufe sind Seiten derselben Medaille, keine Gegensätze“, betonte sie im Anschluss an das Treffen.

<https://www.eu2020.de/eu2020-de/aktuelles/pressemitteilungen/informelles-treffen-agrarministerinnen-und-minister-koblenz-eu2020/2380310>

Kommission; Konsultation zu neuen Vorschriften zur Beförderung tierischer Erzeugnisse

Die Kommission veröffentlichte einen Entwurf für eine delegierte Verordnung zum Thema Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit. Es handelt sich dabei um neue Regeln zur Verschickung tierischer Erzeugnisse terrestrischer Herkunft. Die Kommission wurde in der Verordnung zur Herstellung, Verarbeitung und dem Vertrieb von Erzeugnissen tierischen Ursprungs in der EU beauftragt, entsprechende Vorgaben durch delegierte Rechtsakte festzulegen. Diese delegierte Verordnung bezieht sich auf die Bereiche der Tiergesundheit und der Zertifizierungs- und Informationsanforderung zur Beförderung von tierischen Produkten terrestrischen Ursprungs. Hier wird festgelegt, welche Informationen bei der Versendung dieser Produkte bereitgestellt werden müssen, welche Informationen in den Tiergesundheitsbescheinigungen enthalten sein müssen, die der Sendung beiliegen müssen, und welche Informationen vor der Versendung der zuständigen Behörde vorgelegt werden müssen. Zudem muss ein Notfallplan vorliegen, der die Nachverfolgung der Sendung ermöglicht, sollte es zu Stromausfällen oder anderen Störungen kommen. Rückmeldungen sind bis zum 14.09.2020 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12568-Animal-health-requirements-for-movement-and-certification-of-products-of-animal-origin-from-terrestrial-animals>

EuGH; Schlussanträge: Grundsatz der Spezialität steht Ausweitung der Strafverfolgung nach wiederholter Übergabe auf Grundlage eines Europäischen Haftbefehls nicht grundsätzlich entgegen

Am 06.08.2020 legte Generalanwalt Michal Bobek seine Schlussanträge in der Rechtssache C-195/20 PPU vor. Dem Eilvorabentscheidungsverfahren liegt ein Vorlageersuchen des Bundesgerichtshofs (BGH) zu Grunde. Der Angeklagte, ein deutscher Staatsbürger, soll zunächst im Jahr 2005 in PTL eine schwere Vergewaltigung und räuberische Erpressung begangen haben, wurde im Jahr 2011 wegen Handeltreibens mit Betäubungsmitteln zu einer Freiheitsstrafe verurteilt und darüber hinaus wegen sexuellen Missbrauchs eines Kindes strafrechtlich verfolgt. Zur Verfolgung des sexuellen Missbrauchs eines Kindes wurde der Angeklagte im Jahr 2017 auf der Grundlage eines Europäischen Haftbefehls von PTL an DEU übergeben. Nach Verbüßung der wegen dieser Tat verhängten Freiheitsstrafe verließ er DEU freiwillig. In der Folge erging ein zweiter Europäischer Haftbefehl zur Vollstreckung der Freiheitsstrafe wegen des Handeltreibens mit Betäubungsmitteln, auf dessen Grundlage ITL den Angeklagten an DEU übergab. Um eine Verfolgung wegen der Vergewaltigung und räuberischen Erpressung zu ermöglichen, stimmten die italienischen Behörden einem Verzicht auf den Grundsatz der Spezialität, der in Art. 27 Abs. 2 des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI des Rates über den Europäischen Haftbefehl (EH-Beschluss) geregelt ist, zu. Der Angeklagte machte geltend, eine solche Zustimmung hätte von den portugiesischen Behörden erteilt werden müssen, die den ersten Europäischen Haftbefehl vollstreckt hätten. Der Generalanwalt vertritt die Auffassung, dass der Grundsatz der Spezialität einer Inhaftierung wegen eines vor der ersten Übergabe liegenden Sachverhalts nicht entgegensteht, wenn der Betroffene den Ausstellungsmitgliedstaat des ersten Europäischen Haftbefehls freiwillig verlassen hat und die Behörden, die den zweiten Europäischen Haftbefehl erlassen haben, der Ausweitung des Verfahrens auf den vor der ersten Übergabe liegenden Sachverhalt zugestimmt haben.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=229601&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=17955166>

Rat; drei Richter und ein Generalstaatsanwalt ernannt

Am 02.09.2020 gab der Rat die Ernennungen von Koen Lenaerts (BEL), Ineta Ziemele (LET) und Jan Passer (CZR) zu Richtern am EuGH und von Athanasios Rantos (GRI) zum Generalanwalt beim EuGH bekannt. Die Ernennung von Lenaerts, zuletzt bereits Präsident des EuGH, wurde vom 07.10.2021 bis zum 06.10.2027 teilerneuert. Ziemele wurde nach dem Rücktritt von Egils Levits (LET) vom 07.09.2020 bis zum 06.10.2024 ernannt, Passer nach dem Rücktritt von Jiří Malenovský vom 06.10.2020 bis zum 06.10.2024. Die Ernennung von Rantos zum Generalanwalt erfolgte nach dem Austritt von GBR aus der EU vom 07.09.2020 bis zum 06.10.2021. Am 06.10.2021 läuft die Amtszeit von 14 Richtern und sechs Generalanwälten am EuGH ab.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/09/02/eu-court-of-justice-three-judges-and-an-advocate-general-appointed/>

Kommission; Bericht über Schutz der finanziellen Interessen der EU vorgelegt

Die Kommission veröffentlichte am 03.09.2020 ihren 31. Jahresbericht über den Schutz der finanziellen Interessen der EU und die Betrugsbekämpfung 2019. Die Zahl der Betrugsdelikte habe 2019 gegenüber dem Vorjahr abgenommen, die mit den Delikten verbundenen Geldbeträge hätten sich halbiert. Damit bestätige sich der seit fünf Jahren rückläufige Trend. Die Mitgliedstaaten setzten ihre Anstrengungen zur Stärkung ihrer nationalen Systeme fort und konzentrierten sich sowohl auf Prävention

und Aufdeckung als auch auf Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz, auf den Kampf gegen die Korruption und auf die Verhinderung Interessenkonflikten. Auch die Institutionen der EU hätten ihr Engagement zum Schutz der finanziellen Interessen der EU fortgesetzt, insbesondere durch die Ermittlungen des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF). Besondere Erfolge seien die Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/1371 über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtetem Betrug durch die Mitgliedstaaten, die Annahme der Richtlinie (EU) 2019/1937 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, die Annahme der Betrugsbekämpfungsstrategie der Kommission und die Ernennung von Laura Codruța Kövesi (ROM) als EU-Generalstaatsanwältin. In der Zukunft gelte es, weiter wachsam zu sein, insbesondere im Hinblick auf Investitionen in medizinische Infrastruktur, um den positiven Trend der letzten Jahre fortzusetzen.

https://ec.europa.eu/anti-fraud/sites/antifraud/files/pif_report_2019_de.pdf

I n n e r e s

Kommission: EU-Agenda zur Drogenbekämpfung vorgelegt

Am 24.07.2020 legte die Kommission eine Mitteilung vor, in der im Einklang mit der neuen Strategie für die Sicherheitsunion 2020-2024 neue Impulse für eine umfassende Bewältigung der Drogenproblematik vorgestellt werden. Im Rahmen einer Bestandsaufnahme betont die Kommission die vielfältigen Schäden, die durch illegale Drogen in der EU verursacht würden. Hierzu zählten neben den Schäden Einzelner, wie etwa Beeinträchtigungen der Gesundheit, auch die verminderte Lebensqualität ganzer Gemeinschaften und erhebliche wirtschaftliche Schäden für die EU und ihre Mitgliedstaaten. Darüber hinaus präsentiert die Kommission Ziele und strategische Prioritäten zur Drogenbekämpfung in den Jahren 2021-2025. Ziel sei es zum einen, die Bürgerinnen und Bürger durch besser koordinierte Maßnahmen zu schützen, die reale und messbare Auswirkungen auf die Sicherheits- und Gesundheitsprobleme hätten, die sich aus dem Drogenkonsum und den Aktivitäten auf dem Drogenmarkt ergäben. Zum anderen gelte es, sowohl die direkten als auch die indirekten Folgen dieser Probleme – einschließlich der Gewalt und anderer Formen schwerer Kriminalität, die damit verknüpft seien, sowie der damit einhergehenden gesundheitlichen und gesellschaftlichen Probleme – anzugehen und gleichzeitig das Bewusstsein der Öffentlichkeit und der Politik für diese Fragen zu schärfen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020DC0606&qid=1599125204270&from=DE>

Kommission: Aktionsplan gegen unerlaubten Feuerwaffen-Handel vorgelegt

Die Kommission legte am 24.07.2020 ihre Mitteilung „EU-Aktionsplan gegen den unerlaubten Handel mit Feuerwaffen (2020-2025)“ vor. Neben einem umfassenden Lagebild wird darin eine Reihe von Initiativen für den Zeitraum von 2020 bis 2025 vorgeschlagen, die auf die Umsetzung der bestehenden EU-Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Feuerwaffen abzielen. Dabei wird insbesondere die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den Ländern Südosteuropas hervorgehoben. Daneben gelte es jedoch, mit dem technischen Fortschritt, veränderten Vertriebswegen und sich rasch wandelnden Strategien von Gruppen der organisierten Kriminalität Schritt zu halten. Aufgrund des umfassenden und multidisziplinären Charakters der Bedrohung könne nur ein einheitlicher Aktionsplan einen kohärenten Rahmen für die Zusammenarbeit bieten, um die internationale

Zusammenarbeit den spezifischen Bedürfnissen, Anforderungen und Leistungsindikatoren entsprechend zu intensivieren.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020DC0608&qid=1599125652193&from=DE>

EASO; 99 schutzbedürftige Asylsuchende nach DEU und FIN umgesiedelt

Am 28.07.2020 gab das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) die Umsiedlung von 99 besonders schutzbedürftigen Asylsuchenden nach FIN und DEU bekannt. Die Umsiedlung sei im Rahmen der Zusammenarbeit des EASO, der Kommission, des UNHCR und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zur Entlastung der griechischen und zyprischen Behörden erfolgt. Bereits am 24.07.2020 habe DEU im Rahmen der Umsiedlung von Kindern mit ernststen Gesundheitsproblemen und ihrer Familien 83 Personen aufgenommen. Am 27.07.2020 seien 16 Personen aus CYP nach FIN umgesiedelt worden, dabei habe es sich um Alleinerziehende und ihre Kinder gehandelt. Die Umsiedlungen sind Teil des Vorhabens, insgesamt 1.600 Minderjährige insbesondere aus GRI in andere Mitgliedstaaten umzusiedeln. In allen Fällen wurden besondere Schutzmaßnahmen aufgrund der COVID-19 Pandemie ergriffen, insbesondere seien alle Personen vor der Abreise aus GRI und CYP auf das Virus getestet worden.

<https://easo.europa.eu/news-events/almost-100-vulnerable-asylum-seekers-relocated-cyprus-and-greece>

Rat; Sanktionen als Reaktion auf Cyberangriffe verhängt

Erstmals verhängte der Rat mit Beschluss vom 30.07.2020 restriktive Maßnahmen als Reaktion auf den versuchten Cyberangriff auf die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCA) und die Angriffe „WannaCry“, „NotPetya“ und „Operation Cloud Hopper“. Die Sanktionen, u.a. Reiseverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten, richten sich gegen sechs Personen aus China und Russland sowie drei Einrichtungen aus China, Russland und Nordkorea. Der im Mai 2019 angenommene und am 14.05.2020 um ein weiteres Jahr verlängerte Rahmen für restriktive Maßnahmen gegen Cyberangriffe, auf dem der Beschluss beruht, sieht gezielte restriktive Maßnahmen zur Verhinderung von Cyberangriffen und zur Reaktion auf Cyberangriffe vor, wenn eine externe Bedrohung für die Union oder ihre Mitgliedsstaaten besteht. Sanktioniert werden können Angriffe, die ihren Ausgang außerhalb der EU haben oder von dort durchgeführt werden oder die außerhalb der Union befindliche Infrastrukturen nutzen. Außerdem ist es möglich, Angriffe von Personen oder Einrichtungen, die außerhalb der EU ansässig oder tätig sind, oder Angriffe, die mit Unterstützung von Personen oder Einrichtungen durchgeführt werden, die außerhalb der Union tätig sind, zu bestrafen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32020D1127&from=DE>

Rat; Geltung der EU-Terroristenliste verlängert

Am 30.07.2020 verlängerte der Rat die Geltungsdauer der sog. EU-Terroristenliste, die als Reaktion auf die Anschläge vom 11.09.2001 erstmals im Dezember 2001 festgelegt wurde und mindestens halbjährig überprüft wird. Die Liste enthält 14 Personen und 21 Organisationen, die an Terrorhandlungen beteiligt waren und weiterhin restriktiven Maßnahmen unterliegen sollen. Von der Terroristenliste zu unterscheiden ist die EU-eigene Sanktionsregelung gegen Al-Qaida und ISIL/Da'esh, mit der unabhängig von den bestehenden Resolutionen des UN-Sicherheitsrates Sanktionen gegen Personen und Einrichtungen verhängt werden können, die mit Al-Qaida und ISIL/Da'esh verbunden sind. Diese Sanktionsregelung ergänzte der Rat am 30.07.2020 um einen französischen Staatsbürger. Zu den gegen die sechs Personen

auf der Liste verhängten Maßnahmen gehören Reiseverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1599135488876&uri=CELEX:02016D1693-20200730>

Frontex; Einreise-Ausreise-System-Pilotprojekt an Landgrenzen

Am 05.08.2020 kündigte die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) die Aufnahme von Tests technologischer Lösungen des Einreise-Ausreise-Systems (Entry-Exit-System, EES) an. Das EES soll die Ein- und Ausreisedaten von Nicht-EU-Bürgern, die die Außengrenzen der EU-Mitgliedstaaten überschreiten, registrieren und damit zur Umsetzung „intelligenter Grenzlösungen“ beitragen. Deren Ziel sei es, die Ein- und Ausreise aufrichtiger Reisender in die EU zu erleichtern und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der EU zu erhöhen. Im Rahmen der geplanten Pilotphase soll EES-konforme Ausrüstung, etwa bestimmte Hard- und Software, mit nationalen Systemen erprobt und implementiert werden. Dies soll eine Beurteilung der Auswirkungen des EES an stark frequentierten Grenzübergangsstellen und eine sachgerechte Beratung der Mitgliedstaaten bei der Beschaffung geeigneter Technologien ermöglichen.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news-release/entry-exit-system-pilot-project-at-land-borders-CAby43>

Europol; Bericht zur Beteiligung von organisierter Kriminalität an Korruption im Sport vorgelegt

Am 05.08.2020 legte Europol einen Bericht zur Beteiligung von Gruppen der organisierten Kriminalität an Korruption im Sport vor. Die Gruppen seien oftmals polykriminell, wobei allein die weltweiten jährlichen Einnahmen aus wettbezogenen Spielmanipulationen auf 120 Mio. EUR geschätzt würden. Die zunehmende Nutzung von Online-Technologien für Sportwetten werde illegale Aktivitäten weiter erleichtern, schon jetzt mache sich die organisierte Kriminalität dies zu Nutze. Dabei liege das Hauptaugenmerk auf sportlichen Wettbewerben auf niedrigem Niveau in unterschiedlichen Sportarten. Zugleich könnten wettbezogene Spielmanipulationen Teil großangelegter Geldwäscheprogramme sein. Während der Fußball nach wie vor die für Spielmanipulationen anfälligste Sportart sei, nähmen die Manipulationen insbesondere im Tennis zu. Das tatsächliche Ausmaß der Manipulationen im gesamten Sportbereich sei jedoch nicht abzusehen. Es sei daher von entscheidender Bedeutung, die öffentlich-private Zusammenarbeit weiterzuentwickeln und zu verbessern, um einen wirksamen Kampf gegen Korruption bei Sportwettkämpfen unter Einbeziehung von Strafverfolgungs-, Justiz-, Regulierungs- und sonstiger Behörden, Sportgremien, Wettanbietern und Dienstleistern im Wettbereich sowie der breiten Öffentlichkeit zu gewährleisten. Daher müssten auch die Mitgliedstaaten ihr Engagement in diesem Bereich verstärken.

https://www.europol.europa.eu/sites/default/files/documents/the_involvement_of_organised_crime_groups_in_sports_corruption.pdf

Kommission; Verhandlungen über Neufassung des EU-USA-Datenschutzschildes aufgenommen

Am 10.08.2020 gaben Justiz-Kommissar Didier Reynders und der US-Handelsminister Wilbur Ross in einer gemeinsamen Presseerklärung bekannt, dass in Reaktion auf das Urteil des EuGH vom 16.07.2020 in der Rechtssache C-311/18 Facebook Ireland und Schrems Verhandlungen über einen verbesserten EU-USA-Datenschutzschild aufgenommen worden seien. Der Datenschutz sei für beide Parteien von grundlegender Bedeutung, zugleich seien grenzüberschreitende Datenübermittlungen für Bürgerinnen und Bürger sowie die Volkswirtschaften der EU und der USA sehr

wichtig. Ziel der Verhandlungen sei es daher, einen verbesserten Datenschutzschild zu vereinbaren, der den Anforderungen des Unionsrechts genüge und die Übermittlung personenbezogener Daten von der EU in die USA ermögliche. Mit Urteil vom 16.07.2020 hatte der EuGH in der Rechtssache C-311/18 (Schrems II) den Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1250 der Kommission über die Angemessenheit des vom EU-USA-Datenschutzschild gebotenen Schutzes für ungültig erklärt (vgl. BaB 1472020). Im Rahmen einer Aussprache mit den Abgeordneten des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) im EP am 03.09.2020 bekräftigte Reynders sein Bekenntnis zum EU-Datenschutz und betonte die Schlüsselrolle der Datenschutzbehörden. Der Kommissar verwies auch auf die Bestätigung der Rechtmäßigkeit von EU-Standardvertragsklauseln für die Übermittlung personenbezogener Daten durch den EuGH, die insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen ein probates Mittel seien. Die Überarbeitung des EU-USA-Datenschutzschildes unter Einhaltung des EU-Datenschutzrechtsrahmens sei erklärtes Ziel der EU und der USA, doch sei anzuerkennen, dass komplexe Themen der inneren Sicherheit der USA betroffen seien.

https://ec.europa.eu/info/news/joint-press-statement-european-commissioner-justice-didier-reynders-and-us-secretary-commerce-wilbur-ross-7-august-2020-2020-aug-07_de

Frontex; Grenzübertritte nehmen wieder zu

Am 18.08.2020 legte die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) aktuelle Zahlen zu den Grenzübertritten in den ersten sieben Monaten dieses Jahres vor. Nach dem starken Rückgang der Zahl der Grenzübertritte infolge der COVID-19 Pandemie habe sich der steigende Trend seit Mai fortgesetzt. So seien im Juli 8.650 illegale Grenzübertritte registriert worden, was einem Anstieg um beinahe ein Drittel gegenüber dem Vormonat entspreche. Die Zahl aller Grenzübertritte im Jahr 2020 bleibe mit 47.250 jedoch weiterhin um 15% hinter den Zahlen des Vorjahreszeitraums zurück. Auf der zentralen Mittelmeerroute habe sich die Zahl der illegalen Grenzübertritte im Juli auf 4.650 gegenüber Juni mehr als verdoppelt. Insgesamt seien in diesem Jahr bereits 13.150 Menschen, mehrheitlich aus Tunesien und Bangladesch, eingereist. Dies entspreche einem Zuwachs um 155% gegenüber dem Vorjahreszeitraum, in dem die Zahlen jedoch sehr niedrig gewesen seien. Auf der westlichen Mittelmeerroute sei ein Anstieg der Zahl der illegalen Grenzübertritte um 84% gegenüber dem Vormonat auf 1.500 zu verzeichnen gewesen. Trotz des Anstiegs in den vergangenen Monaten liege die Gesamtzahl der illegalen Grenzübertritte auf dieser Route im Jahr 2020 mit 6.100 bei weniger als der Hälfte des Vorjahreszeitraums. Menschen aus Algerien machten mittlerweile die Hälfte der illegalen Migranten auf der westlichen Mittelmeerroute aus, was einer Versiebenfachung gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspreche, gefolgt von Menschen aus Marokko. Auf der östlichen Mittelmeerroute seien im Juli vorläufig 400 illegale Grenzübertritte bekannt, was einem Rückgang gegenüber dem Vormonat um 44% entspreche, wobei mit einem weiteren Anstieg aufgrund aktualisierter Zahlen gerechnet werde. Die Zahl der illegalen Grenzübertritte habe sich auf dieser Route im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf nahezu 12.900 in etwa halbiert. Den größten Anteil illegaler Migranten machten auf dieser Route Menschen aus Afghanistan und Syrien aus. Auf der Westbalkanroute seien im Juli 2.550 illegale Grenzübertritte und damit 40% weniger als im Vormonat registriert worden. Mit 11.300 seien im Jahr 2020 bislang 80% mehr illegale Grenzübertritte registriert worden als im Vorjahreszeitraum, auch auf der Westbalkanroute stammten die meisten illegalen Migranten aus Syrien und Afghanistan.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news-release/situation-at-eu-external-borders-arrivals-picking-up-still-down-for-the-year-nqkCT5>

EP; ENVI-Ausschuss votiert für Stärkung des EU-Katastrophenschutzes

Mit breiter Mehrheit (72:6:1) nahm der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des EP am 03.09.2020 einen Bericht an, der eine Stärkung des EU-Katastrophenschutzverfahrens vorsieht. Sowohl die COVID-19 Pandemie als auch Katastrophen wie die verheerenden Waldbrände in den vergangenen Jahren hätten deutlich gemacht, dass das bestehende Verfahren an seine Grenzen stoße, wenn mehrere oder gar alle Mitgliedstaaten (MS) zugleich von einer Katastrophe betroffen seien. Um in solchen Fällen die Abhängigkeit von der Solidarität anderer MS zu verringern sei es – wie von der Kommission am 02.06.2020 vorgeschlagen – geboten, das Budget des Katastrophenschutzverfahrens zu erhöhen und die Kommission mit der Befugnis auszustatten, selbst Notfallkapazitäten zu erwerben. Der Bericht sieht zudem – wie auch der Kommissionsvorschlag – die Festlegung von Krisenresilienzziele durch die Kommission vor. Anders als die Kommission enthält der Bericht jedoch keine Flexibilisierung der Verwendung der Mittel des Katastrophenschutzverfahrens, um die Transparenz der Mittelverwendung zu gewährleisten. Das Plenum des EP muss dem Bericht noch formell zustimmen, im Anschluss können Verhandlungen mit dem Rat über den Kommissionsvorschlag aufgenommen werden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/ENVI-PR-652637_DE.pdf

Bildung und Kultur

Kommission; Kultur- und Kreativsektor in der EU

Die Kommission hat eine neue Ausschreibung im Kulturbereich veröffentlicht. Die EU hat einen starken und dynamischen Kultur- und Kreativsektor, der von wesentlicher Bedeutung für die kulturelle Vielfalt, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und die internationale Attraktivität Europas sei, so die Kommission in der Beschreibung des Calls. Im Rahmen eines Pilotprojekts soll ein statistischer Rahmen zur Datenerhebung in diesem Sektor erarbeitet werden. Die Ausschreibungsfrist endet am 14.09.2020. Auf der EU-Ebene fehlen nach Angaben der Kommission bislang Daten für viele Indikatoren und Sektoren, wodurch kein wirtschaftlicher Wert des Kultur- und Kreativsektors quantifiziert werden könne. Darüber hinaus sei es in den letzten 20 Jahren zu großen technologischen und strukturellen Veränderungen gekommen, wie der Digitalisierung oder dem Wachstum bestimmter Branchen, die sich stark auf den Sektor ausgewirkt haben. Weitere bedeutende Entwicklungen werden auch in der Zukunft erwartet, jedoch wird dieser Wandel im aktuellen statistischen System nur sehr eingeschränkt erfasst.

<https://ec.europa.eu/culture/calls/pilot-project-measuring-cultural-and-creative-sectors-eu>

Information, Kommunikation und Medien

EuGH; ITL-Vorschriften zum Schutz der Informationspluralität unionsrechtswidrig

Der EuGH hat mit Urteil vom 03.09.2020 in der Rechtssache C-719/18 entschieden, dass die italienische Vorschrift, durch die ein Medienunternehmen aus FRA daran gehindert wurde, 28% des Kapitals eines Medienunternehmens in ITL zu erwerben, eine verbotene Beschränkung der Niederlassungsfreiheit darstellt und somit gegen

das Unionsrecht verstößt. Er folgt damit den Schlussanträgen von Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona vom 18.12.2019 (vgl. BaB 23/2019). In dem Ausgangsrechtsstreit geht es um Vorschriften zum Schutz des Wettbewerbs und des Pluralismus bei den audiovisuellen und Rundfunk-Mediendiensten in IRL. Der EuGH erkennt zwar an, dass eine Beschränkung der Niederlassungsfreiheit grundsätzlich mit einem zwingenden Grund des Allgemeininteresses wie dem Schutz des Pluralismus der Information und der Medien gerechtfertigt werden kann. Dies ist vorliegend seiner Ansicht nach aber nicht der Fall, da die streitige italienische Vorschrift nicht geeignet ist, dieses Ziel zu erreichen. Denn sie legt Schwellen fest, die zu dem für den Pluralismus der Medien bestehenden Risiko in keinem Zusammenhang stehen, da sich anhand dieser Schwellen nicht ermitteln lässt, ob und in welchem Umfang ein Unternehmen tatsächlich in der Lage ist, auf den Inhalt der Medien Einfluss zu nehmen.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-719/18>

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; EU stärkt digitale Bildung im Programm Erasmus+

Die COVID-19 Pandemie erfordert neue innovative und kreative Lehr- und Lernmethoden, die jetzt von der Kommission mit zusätzlichen 200 Mio. EUR unterstützt werden sollen. Damit sollen Projekte zur digitalen Bildung und Ausbildung, zur Kompetenzentwicklung und zur Integration durch Kreativität und Kunst gefördert werden. Für die Bereitstellung der zusätzlichen Mittel hat die Kommission das Jahresarbeitsprogramm für Erasmus+ aktualisiert und am 14.08.2020 angenommen. Der Aufruf wurde am 25.08.2020 von der Kommission veröffentlicht. Die maximale Projektfördersumme kann bis zu 300.000 EUR betragen. Projekte sollen eine Laufzeit zwischen sechs und 24 Monaten (für den Jugendbereich) sowie zwischen 12 und 24 Monaten (für alle anderen Bereiche) haben. Die Antragsfrist endet am 29.10.2020. Die Projekte sollen nach den Regeln von Strategischen Partnerschaften aus der aktuellen Förderperiode (2014 bis 2020) durchgeführt werden. Das Programm will Projekte zur Förderung des digitalen Lehrens, Lernens und Bewertens in Schulen, Hochschulen und in der beruflichen Bildung unterstützen. Außerdem soll es Schulen, Erwachsenenbildungseinrichtungen und Jugendorganisationen die Möglichkeit bieten, die Entwicklung von Fähigkeiten zu unterstützen, die Kreativität zu fördern und die soziale Eingliederung durch die Künste zusammen mit dem kulturellen und kreativen Sektor zu verbessern. Im Jahr 2018 konnten sich in DEU dank Erasmus+ über 110.000 Teilnehmer weiterbilden, über 2.000 Projekte wurden unterstützt. Erasmus+ bietet nicht nur Möglichkeiten für Studierende. Es vereint sieben zuvor einzeln laufende Programme und enthält Angebote für Einzelpersonen und Organisationen. Interessierte Organisationen sollen sich mit ihrer nationalen Agentur für Erasmus+ in Verbindung setzen. Vier Nationale Agenturen setzen in DEU Erasmus+ um. Die Kontaktdaten dieser Agenturen sind unter der folgenden Internetadresse erhältlich:

https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/contact/national-agencies_en?field_nagencies_country_tid=330

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

11.09.2020	Eurogruppe
11./12.09.2020	informeller Rat Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN)
16./17. 09.2020	informeller Rat Bildung

Europäische Kommission

09.09.2020	Tagesordnung liegt noch nicht vor
15.09.2020	Tagesordnung liegt noch nicht vor

Europäisches Parlament

Themen der Plenarsitzung des EP vom 14. - 17.09.2020

- Strategischer Ansatz für Arzneimittel in der Umwelt
- Die Bedeutung städtischer und grüner Infrastruktur – Europäisches Jahr für grünere Städte 2022
- Vorschlag für einen Beschluss des Rates über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union
- Die Rolle der Europäischen Aufsichtsbehörden im Wirecard-Skandal
- Bekämpfung von sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung von Kindern
- Entlassungen von Arbeitnehmern in der EU aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Krise
- Die Rechte älterer Menschen in der COVID-19-Krise und darüber hinaus
- Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union
- Die Rolle der EU beim Schutz und der Wiederherstellung der Wälder in der Welt
- Wirksame Maßnahmen zur umweltgerechteren Gestaltung von Erasmus+, des Programms „Kreatives Europa“ und des Europäischen Solidaritätskorps
- Maximierung des Energieeffizienzpotenzials des Gebäudebestands der EU
- Aussprache über auswärtige Angelegenheiten in Anwesenheit des Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Erläuterung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021
- Erholung der Kultur in Europa
- Lage der Union, Rede der Kommissionspräsidentin
- Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit – Dauer: höchstens eine Stunde (Artikel 144 GO)

Ausschuss der Regionen

09.09.2020 ENVE-Sitzung

- Biologisch vielfältige Städte und Regionen nach 2020 auf der 15. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD COP 15) und in der EU Biodiversitätsstrategie 2030 (Abstimmung)
- Neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft (Abstimmung)
- Die Rolle der Städte und Regionen im Rahmen der grünen Erholung und der Energiewende auf dem Weg zu Klimaneutralität (Debatte mit Kadri Simson, für Energie zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission)
- Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Regionen und die Bewertung des europäischen Grünen Deals (Meinungsaustausch)
- Chancen und Synergien einer vorausschauenden Anpassung an den Klimawandel zur Förderung von Nachhaltigkeit und Lebensqualität in den Regionen und Kommunen: Welche Rahmenbedingungen sind erforderlich? (Meinungsaustausch)

18.09.2020 NAT-Sitzung

- Ein nachhaltigerer Tourismus für die Städte und Regionen der EU (Abstimmung)
- Vom Hof auf den Tisch – die lokale und regionale Dimension (Abstimmung)
- EU-Strategie zur Wiederbelebung des ländlichen Raums (Abstimmung)
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Aktionsprogramm der Union im Bereich der Gesundheit (2021-2027) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 282/2014/EG („Programm EU4Health“) (Abstimmung)
- Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union (Abstimmung)

Europäischer Gerichtshof

09.09.2020	Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-626/17 Slowenien / Kommission – Streit um Keltertraube Teran
09.09.2020	Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-144/19 Kludi / EUIPO – Markenstreit um ADLON
10.09.2020	Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-392/19 VG Bild-Kunst – Urheberrechtsverletzung durch Framing?
10.09.2020	Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-336/19 Centraal Israëlitisch Consistorie van België u.a. – Verbot der betäubungslosen Schlachtung

- 10.09.2020 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-62/19 Star Taxi App – Darf Taxi-App einer Genehmigungspflicht unterworfen werden?
- 10.09.2020 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-59/19 Wikingerhof gegen Booking.com – Gerichtliche Zuständigkeit für Unterlassungsklage gegen Vertragspartner wegen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung
- 10.09.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-296/18 Polskie Linie Lotnicze „LOT“ / Kommission – Übernahme der Air-Berlin-Tochter LGW durch Lufthansa
- 11.09.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-240/18 Polskie Linie Lotnicze „LOT“ / Kommission – Erwerb von Air Berlin-Teilen durch easyJet
- 15.09.2020 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-807/18 Telenor Magyarorszá g und C-39/19 Telenor Magyarorszá g – Unterschiedliche tarifliche Behandlung von Netzinhalten bei Internetabos
- 15.09.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den verbundenen Rechtssachen T-516/18 Luxemburg /, und T-525/18 ENGIE Global LNG Holding u.a. / Kommission – Staatliche Beihilfen - Tax Rulings
- 17.09.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-732/18 P Rosneft u. a. / Rat – Restriktive Maßnahmen im Zuge der Ukraine-Krise
- 17.09.2020 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-449/18 P EUIPO /, und C-474/18 P J-M.-E.V. e hijos / Messi Cuccittini – Markenstreit um „MESSI“
- 17.09.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-212/19 Compagnie des pêches de Saint-Malo – Staatliche Beihilfen - Vorübergehende Ermäßigung der Sozialabgaben
- 17.09.2020 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-499/18 P Bayer CropScience und Bayer / Kommission – Beschränkungen für Insektizide Clothianidin und Imidacloprid

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 18.09.2020.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA